

Geheimt Agita-
 tionen mit Bestrafung
 für Beamte und Richter.

Abonnementpreis
 monatlich 50 Pf.
 vierteljährlich 1.50 Mk.
 halbjährlich 3.00 Mk.
 jährlich 6.00 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1.00 Mk. extra Postgebühr.

Dr. Hans Wolff
 (Herausgeber)

Verlags- und Anstalts-Verwaltung:
 Redaktion: Dr. 208
 Expedition: Dr. 103
 Telegramm-Nr.: 103
 Postfach 103

Wochenblatt

Infektionsgebühr
 beträgt für die 6 gepulverte
 Päckchen oder deren Raum
 50 Pfennig.

Die ansonstigen Ausgaben
 25 Pfennig.

Im redaktionellen Sinne
 kostet die Blatt 75 Pfennig.

Insertate
 für die halbe Nummer
 müssen hierauf bis vor-
 mittags 10 Uhr in der
 Expedition abgegeben
 werden.

Eingetragen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Das Koalitionsrecht in Gefahr!

Am 4. April ist im Reichsjustizamt ein Strafgesetzbuchkommission zusammengetreten, die das jetzige Strafgesetzbuch einer Umarbeitung zu unterziehen hat. Als Grundlage dazu liegt dieser Kommission ein bereits im Jahre 1900 auf Anregung des Reichsjustizamts veröffentlichter Vorentwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuch nebst ausführlicher Begründung vor. Der Vorentwurf enthält erhebliche Straferhöhungen, die namentlich auch die organisierten Arbeiter treffen würden. Dies scheint jedoch gewissen Kreisen noch nicht zu genügen. Der Reichsanwalt von Bethmann Hollweg hat bereits von der Straferhöhung gegen Streikausträskreuzigungen gesprochen und der preussische Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, hat sich mit Entschiedenheit für ein derartiges Vorgehen in den preussischen Herrenhäuser erklärt. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Scharfmacher sofort bei der Hand sind, mit entprechendem Material zu dienen. Hat doch die Chemnitzer Handelskammer im Anschluß daran schon die Unternehmer aufgefordert, Material über den Zerrorismus der Arbeiter in Form von Broschüren, Zeitungsartikel einzusenden. Das Material soll natürlich mit als Unterlage für ein neues Strafbuchgesetzbuch benutzt werden. Ein Verbot des Streikpostens ist — namentlich vom schwarz-blauen Volk — schon wiederholt gefordert worden. Durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen hofft man zur Unterbindung, ja am liebsten zum Verbot des Koalitionsrechts zu gelangen. Damit möchten gewisse Draufgänger nun aber nicht bis zur Fertigstellung und Einführung eines neuen Strafgesetzbuchs warten, sondern von der Regierung jetzt verlangen, schon vorher ein durchgreifendes Gesetz gegen den sozialdemokratischen Zerrorismus, der Koalitionsrecht der Unternehmer nicht notwendig strafrechtlich einbringt.

Das zum Jahre 1900 ergriffene in dem zum Norddeutschen Bund gehörigen Staaten noch keine Konstitution erreicht. Erst die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1900 schaffte hier Abhilfe. Jetzt haben nun die Arbeiter das Koalitionsrecht, oder wenn sie es anwenden, müssen sie, wie der bekannte Strafrechtsexperte Professor v. Barentano in einer seiner Schriften erörtert, damit rechnen, bestraft zu werden. Und in welcher Weise da mitunter Bestrafungen erfolgen, haben wir kürzlich erst wieder in RdN bei dem Prozeß gegen den Gewerkschaftsangehörigen F. Böhm und Gen. gesehen. Seit dem Jahre 1900 haben sich in Deutschland nicht allein die Organisationen der Arbeiter, sondern auch die der Unternehmer ganz erheblich entwickelt, und so stehen sich bei Streiks und Ausperrungen meistens mächtige Organisationen gegenüber. Als Mittel zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen sind Streik und Ausperrung ausdrücklich für zulässig erklärt worden. Sonstige Mittel, insbesondere Boykott, Sperre, Fernhaltung des Zugangs, Streikpostenbesetzung, Aufforderung zum Kontraktbruch, Zahlung von Streikunterstützung sowie Reisegeld und Entschädigung an Streikbrecher, schwarze Listen, Ausschluss vom Arbeitsnachweis sind gleichfalls mehrfach für zulässig erklärt worden, soweit sie nicht in ihrer Anwendung im Einzelfalle gegen allgemeine polizeiliche Anordnungen verstoßen.

Hier hat sich nun mit der Zeit gezeigt, daß das, was bei den Unternehmern erlaubt ist, bei den Arbeitern bestraft wird. Erinnert sei nur an die fortwährenden Bestrafungen wegen Streikpostenbesetzung auf Grund der Strafandrohungen im Polizeigesetz, wonach den zur Erhaltung der Reinlichkeit, Sicherheit und Ruhe auf der Straße ergebenden Anordnungen der Polizeibeamten unbedingt Folge zu leisten ist. Auf Grund solcher Polizeiverordnungen, die die höchsten Gerichte meistens für rechtmäßig erklärt haben, verurteilt man das Streikpostenbesetzen illuzorisch zu machen. Dabei gehen die Unternehmer mit den schwarzen Listen frei aus. Dasselbe zeigt sich bei den Schandenstrafungen bei Anwendung des Boykotts. Auch hier werden die Arbeiter viel eher als die Unternehmer gefaßt. Und dabei soll nach Ansicht des Reichsanwalts das geltende Recht nicht einmal ausreichen im Kampf gegen die Straftaten und Ausperrungen im Streik. Deshalb, so behauptet er, der Reichsanwalt vom 10. Dezember 1910, werde zu prüfen sein, ob in der Richtung nachdrücklicheren Schutzes der persönlichen Freiheit und des persönlichen Bestimmungsrechts das Strafgesetzbuch Ergänzungen bedürfe.

Sehen wir uns nun einmal die jetzt gültigen Bestimmungen an. Zunächst kommt der § 153 der Gewerbeordnung in Betracht, welcher lautet: „Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Schwerkriegung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert, oder sie zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern er nicht in einem allgemeinen Strafgesetzbuch eine Strafbestimmung enthält.“ Dieser Paragraph ist an und für sich schon sehr bedenklich und dann kommt ihm noch das allgemeine Strafgesetzbuch zu Hilfe. Hier haben die Gerichte bei Streiks und Lohnbewegungen organisierten Arbeitern gegenüber schon folgende Paragraphen des Strafgesetzbuchs angewandt: § 110, Widerstand gegen die

Staatsgewalt. (Strafmaß 600 Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren.) § 123 bis 127, Ausreizensbruch, Landfriedensbruch. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 800 Mark, Gefängnis bis zu zwei Jahren und Zuchthaus bis zu sechs Jahren.) § 130, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren.) § 185 bis 187, Weidigung. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren.) § 223 und 228, Körperverletzung. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder Gefängnis bis zu drei Jahren.) § 240 und 241, Mötigung und Verhöhnung. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Gefängnis bis zu einem Jahre.) § 253 und 254, Erpreßung. (Strafmaß: Gefängnis nicht unter einem Monat und Zuchthaus bis zu fünf Jahren.)

Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch steht bei den vorstehend angeführten Paragraphen meistens Verschärfungen vor. Im die Unternehmer oder die Berufschaften von der „Gänge-Graben“ frei ausgehen zu lassen, findet sich § 9, bei den Paragraphen über die Körperverletzung und Weidigung am Schluß noch der Satz, daß in besonders schweren Fällen, von Strafengang abgesehen werden kann. Im entsprechenden härteren Bestimmungen herbeizuführen, braucht das Gericht nur einen „schweren Fall“ anzunehmen. Ein Beispiel leichter Fall liegt nach der § 83 des Entwurfs vor, wenn die rechtswidrigen Folgen der Tat unbedeutend sind und der verbrecherische Wille des Täters nur gering und nach den Umständen unentschuldigbar erscheint, so daß die Anwendung der ordentlichen Strafe des Gesetzes eine unbillige Härte enthalten würde. Ein besonders schwerer Fall liegt vor, wenn die rechtswidrigen Folgen der Tat ungewöhnlich bedeutend sind und der verbrecherische Wille des Täters ungewöhnlich hart und verwerflich erscheint. So schon die Mündigkeit des jugendlichen Strafrechts als.

In der Begründung des Entwurfs zum Strafgesetzbuch wird auf Seite 672 auch auf die Strafgesetzbuch zum Schutze der Arbeitswilligen der Ausführenden und Ausperrungen eingegangen. Es heißt da u. a.: „Es wünschenswert ist, gewisse Arten des von den Arbeitern und Arbeitgebern ausgehenden Boykotts, die eine schwere Schädigung des Gemeinwohls bedeuten und zu deren Bekämpfung die vorhandenen Gesetze keine ausreichende Handhabe bieten (?), strafrechtlich treffen zu können, so schwierig ist andererseits eine strafrechtliche Begriffsbestimmung und Abgrenzung der gemeinsamen Boykottfälle. Es müßte fernerhin dagegen getroffen werden, daß nicht auch andere, an sich nicht notwendig fittlich rechtlich unzulässige Anordnungen unter die Strafanordnung fallen. Eine solche Abgrenzung ist kaum möglich. Der Entwurf stellt sich daher auf den Standpunkt, daß die strafrechtliche Regelung des Boykotts, gegen dessen wirtschaftliche, nachteilige Wirkungen die Vorkehrungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Haftung aus unzulässigen Handlungen genügt den Rechtsschutz gewähren, nicht in das allgemeine bürgerliche Strafrecht gehört, sondern eventuell in einem Spezialgesetz vorzunehmen ist. Dasselbe gilt für die Strafandrohungen zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Auch die Regelung dieser Frage muß, wenn sie sich als notwendig erweist, der Sondergesetzgebung vorbehalten bleiben.“ — Na, vielleicht denkt man auf dem Wege der Sondergesetzgebung zu einem Ausnahmefalle zu gelangen.

Wie dieser Gelegenheit darf auch daran erinnert werden, daß dem Reichstage bereits am 29. März 1909 ein sogenanntes Arbeitswilligen-Gesetz vorgelegen ist. Dieses Gesetzeswert wurde bereits am 20. November 1909 im Reichstage eine glatte Ablehnung. Die Regierung hatte damals in ihrer Verteidigung der Vorlage eine unglückliche Hand. Auch Herr v. Liebering vom Reichsjustizamt hatte der Vorlage nicht gerade genügt, indem er über die paritätische Behandlung von Unternehmern und Arbeitern vor Gerichten meinte: „Die Vorlage ist formal gerichtet gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie wird in einigen Punkten, und zwar in einigen recht empfindlichen Punkten, auch die Arbeitgeber treffen. Aber ich gehe ohne weiteres zu, daß sie die Arbeitnehmer vorwiegend berührt, und daß es richtig ist, wenn das hohe Haus auch gerade von dem Standpunkt aus, ob die Vorlage der Arbeitnehmer entgegenübergerichtet ist, zur Prüfung des Inhalts sich anschickt.“ — Auch heute möchte man vorwiegend die Arbeiter treffen.

Interessant war auch, wie man hernach die Verantwortung für die Vorlage abgeben wollte. Während Herr v. Liebering betonte, die Einbringung sei im Namen des Reichsanwalts, nicht im Namen der verbündeten Regierungen erfolgt, erklärte Herr v. Kolbowski, der Referent habe einfach dasjenige Material gebracht, das die einzelnen Regierungen eingehandt hätten, die einzelnen Staatsregierungen trügen mithin die Verantwortung.

Zuletzt wird nun noch darüber getritten, ob das Weismannsche Programm gegen den Terror in ein neues allgemeines Arbeitswilligen-Gesetz zu nehmen, oder eine Strafbestimmung sei. Bezüglich letzteren, daß der Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuchs bereits eine kritische Denkschrift über Ausarbeitungen bei Lohnkampfen zum Zwecke der Straferhöhung vorgelegen ist. Weiter verläuft, daß der Reichsjustizamt großen Einfluß genießt, aber für eine Milde-

rung, als wie für eine Verschärfung der Strafen gegen Vergehen aus § 153 der Gewerbeordnung plädiert. Andererseits verläuft aber auch, daß es gerade Freuden sei, das im Bundesrat für Straferhöhung eintrete. Man mag das eine oder das andere auch nicht zutreffen, soweit ich aber doch fest, die Zahl derer, denen es nach Ausnahmefällen gestattet, seine alku keine ist. Deshalb haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Pflicht, durch energische Agitation und fröhliche Mitarbeit dazu beizutragen, daß die Zusammenfassung des nächsten Reichstages eine solche wird, von der Ausnahmefälle gegen die Arbeiter eine glatte Ablehnung erfahren.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 3. Mai 1911.

Die Entrechtung der Krantenkassen.

Die geheimen Gründe.

Im Reichstage steht eine gewaltige bürgerliche Mehrheit zusammen, die bereit ist, dem Selbstverwaltungsgesetz der Arbeiter in den Krantenkassen den Hals zu brechen. Aber noch immer hat man nicht gehört, welche schwerwiegenden Gründe diese Reichstagsmehrheit veranlassen, dem Volk von seinen gering bemessenen öffentlichen Rechten wieder einen so intensiven, die Selbstverwaltung zu schmälern und die Macht der staatsrechtlichen Bureaucratie zu vergrößern. Heber allgemeine Redensarten von sozialdemokratischem Zerrorismus und einem Puffstein von schredlichen Ausbrecherfällen (wie z. B. Stijung eines Kranes mit roter Scheife für einen verstorbenen Beamten und dergl.) ist man bisher noch nicht hinausgekommen. Auch am Dienstag hat Genosse Hoch als Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage ganz vergebliche Versuche gemacht, Aufklärung über die Gründe zu erhalten, die die Mehrheit zu ihrem Verhalten bestimmt haben. Die Antwort war ein großes Schweigen und die kleine Verlegenheitsrede, darauf wollte man später zu sprechen kommen.

Die Mehrheit denkt, wenn man etwas tun will, braucht man um Gründe nicht weniger sein, die findet man nachher schon, wenn die Sache erledigt ist. Und darum handelt es sich bei Krantenkassen, deren Rechte von der sozialdemokratischen Fraktion verteidigt werden, ungeachtet nach dem militärischen Grundgesetz: es haben sie die Strafe anzunehmen und da n dürfen sie sich beklagen. In der Presse, in Wählerversammlungen kann man ja später, um die Grundlosigkeit dieser Verschwörung nachzuweisen, die schönsten Geschichten über die sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krantenkassen erzählen, ohne daß der Kreis, an den man sich damit wendet, auch nur ein Wort der Widerlegung zu hören bekommt.

Hand anders liegen die Dinge im Reichstage. Wird das Material der Gegner dort zu Vortrag gebracht, kann haben die sozialdemokratischen Abgeordneten die Möglichkeit, es auf seine Stichtätigkeit zu untersuchen und gegebenenfalls zu widerlegen. Eine breitere Öffentlichkeit erfährt dann, was es mit dem sozialdemokratischen Zerrorismus in den Krantenkassen wirklich auf sich hat. Und darum ist man der Debatte möglichst aus dem Wege zu gehen und vertritt den sozialdemokratischen Redner, der die Gründe des Verhaltens der Mehrheit kennen zu lernen wünscht, auf irgend einen unbestimmten späteren Zeitpunkt.

Wie möchten einmal sehen, was passieren würde, wenn die sozialdemokratische Fraktion in irgend einer anderen Sache eine ähnliche Taktik einschlagen würde, wenn sie etwa gegen die Regierungsbekannt in der gleichen Weise verfahren würde, wie es jetzt gegenüber den staatsrechtlichen geschieht. Welche Verächtlichkeit, Verleumdung, gewissenlose Verhetzung, solche und ähnliche Kennzeichnungen würden auf die Partei gleich einem Hagregen niederfallen. Wenn ein bürgerlicher Redner die sozialdemokratischen auffordern würde, ihr Anlagematerial vorzulegen, und sie würden sich weigern, es zu tun, welcher Sturm der Entrüstung würde sich gegen sie erheben? Wer wird die Macht, wie die Mehrheit hat, der darf es sich schon erlauben! Er kommandiert und befehligt, und wenn man ihn nach dem Warum fragt, antwortet er mit fittler Gelassenheit: „Später!“

Die Verlogenheit ist doch entsetzlich! Darum hat man denn nicht den Mut, zu sagen: Weil wir die Sozialdemokratie hassen wie die Pest, weil wir jeden Sozialdemokraten persönlich jeden Schaden und Verfall bereiten wollen, dessen wir fähig sind, weil wir die Macht der Bureaucratie steigern wollen, darum sind wir Gegner der Selbstverwaltung. Es ist abscheulich, daß sich selbst die niedrige Mehrheit noch ein Mäntelchen von Billigkeit und Gerechtigkeit umhängen muß, und daß man auch hier einen schiefen Akt politischer Schamlosigkeit mit ein paar moralisch klingenden Lebensarten ohne fittlichen Untergrund zu verüben bemüht ist. So kommt man zu einem paritätischen Verfahren, das in seiner Methode noch schlimmer ist als das gewöhnliche Strafrecht. Man spricht der Selbstverwaltung der Krantenkassen das Urteil, es man ihr auch nur die Anklage vorgehalten hat!

Die Durchpfeiffung. Der Zentrumsgewerkschafter Müller-Kauda hat sich bisher ausgesprochen, daß die Reichsveränderung eigentlich Paragraph für Paragraph beraten werden müßte, jedoch hinzugefügt, daß dies lediglich seine eigene, private Ansicht sei. Gegen diese An-

Ich laufen gleichzeitige deutsche Tageszeitung und tägliche Rundfunk-Stunde. Die Verweise darauf, daß eine Durchbringung des Gesetzes vollkommen ausgeschlossen sei, sobald im Plenum alles das noch einmal „durchgelassen“ werden wollte, war in der Kommission über diese Sachen im einzelnen verhandelt wurde. Da außerdem feststeht, daß Konvention, Zentrum und Nationalliberale eine feste Mehrheit für das Gesetz stellen, hätte eine detaillierte Beratung auch gar keinen Zweck. Die Tagesordnungen beruhen sich als Beugen auf den verstorbenen Eugen Richter, der sich bei der Beratung des Volkstheaters auf den Standpunkt gestellt hat, daß man der Mehrheit das Recht zugeben muß, den Verhandlungsmodus selbst zu bestimmen. Ein solcher Modus könne natürlich nur in einer summarischen Behandlung über die einzelnen Bücher gefunden werden.

Die Beratung auf Eugen Richter bezieht auf Recht. Es wird eine unaufrichtige Schande für den Freiheitlichen, daß er damals die Verewaltigung der Pinderheit durch die rechtsbrecherische Mehrheit forderte. Jetzt rächt sich diese rechtsbrecherische Haltung.

Preussische Gemeindeform.

Das preussische Dreiklassenhaus hat sich Dienstag mit einer Beratung vom 10. d. d. über die in der Kommission vorliegende Beschlüsse, die die Rheinische Landgemeindeform durch „Reform“, das sie zu den „geborenen“ Mitgliedern der Gemeindeformen auch noch die Vertreter der Groß- und Kleinkirchlichen und den zur Wahl berechtigten Frauen vorzubereiten, sich gleich Unmündigen und Entmündigten vertreten zu lassen. Dem „Verenbau“ war sogar der Regierungsvorschlag schon zu radikal, daß die Gemeindefürer von einer beschränkten Öffentlichkeit verhandeln sollten und es hat dies abgelehnt. Im Dreiklassenhaus wurde die Verschleierung (sowohl von den Vätern, wie aus dem Zentrum beklagt, während der Sonntagsversammlung) nicht erklärt, daß kein Scheitern nach keine Stellungnahme der Zentrumspartei zu bedeuten habe. Im übrigen richtete sich der Kampf des Zentrums in der Hauptsache dagegen, daß man die Privilegien des agrarischen Besitzes nun auch dem industriellen Besitz zuteil werden lassen wolle. Der sozialdemokratische Sprecher, Genosse Hirsch, ging dagegen prinzipiell gegen die ganze Privilegienwirtschaft los. Er wies nach, daß diese „Reform“ den plutokratischen Charakter der rheinischen Gemeindeform nicht berührt und daß die Ablehnung der Öffentlichkeit der Verhandlungen eine Verhinderung der freien Durchsicht vor dem Volk ist, daß aber durch die herkömmliche Abfassung gegen das Licht der Öffentlichkeit allen möglichen dunklen Machenschaften Vorschub geleistet wird. Unser Redner begründete wirksam die Grundforderung einer jeden wirklichen Gemeindeform, die nach dem allgemeinen Gleichheitsrecht für Männer und Frauen, was aber auf die Mehrheit von Gnaden des Dreiklassenrechts natürlich ohne jede Wirkung bleiben mußte.

Mittwoch: Viehzüchtereis und Anträge.

Das Verbot der Anfechtungspolitik.

Eine Korrespondenz, die die Aufgabe hat, die Interessen der deutschen „Dinarzempolitik“ zu vertreten, muß konstatieren, daß seit Mitte September 104 deutsche Güter und Bauernwirtschaften im Werte von 15 Millionen Mark von deutscher in polnische Hand übergegangen sind. Die Vergrößerung der Grundbesitzverhältnisse auf die Kreise Polen und Preußen. Von Mitte April 1911 bis Ende April 1911 sind nicht weniger als insgesamt 214 Güter in 35 Kreisen, mit einer Gesamtfläche von 90.000 Morgen im Werte von 33 Millionen Mark, aus deutschen in polnische Hand übergegangen.

Trotzdem wird bei anderen Anlässen immer noch behauptet, daß die mit dem Gelde der preussischen Steuerzahler betriebene ungeheurer fortpolitische Dinarzempolitik Erfolge für das Deutschland aufzuweisen habe. Die angegebenen Zahlen beweisen das irrtümliche Gegenteil.

42 Millionen Liter Schnaps.

Dieses Quantum hat der sozialdemokratische Schnapsabsott in sechs Monaten den Junkern „zu Wasser gemacht“. Wenn

Kleines Feuilleton.

Elektrizität und Batterien.

Es ist begreifliches Bestreben, neue oder neu bekannt gewordene Erscheinungen zur Erklärung gebräuchlicher Vorgänge heranzuziehen. Als die Erscheinung der Radioaktivität entdeckt wurde, mußte sie gehalten zur Deutung der mannigfachen Fragen, für die man noch keine Formel besaß. Oft verfährt man dabei mit Glück, und es hat sich — um bei den ersten zu bleiben — mit Hilfe der radioaktiven Erscheinungen doch erklärt lassen, als man zuerst annehmen konnte. Als man nach mehr im Sinne der elektrischen Erscheinungen und der Batterienkunde stand als jetzt, mußten natürlich diese beiden Gebiete kombiniert werden. Es gab eine große Reihe von Versuchen angestellt worden, die Elektrizität auf Batterien wies und bezeichnete. Da sich Verste der Hauptfläche nach dieser Dinge annehmen, war es kein Wunder, daß die Versuche so ungewöhnlich angelegt wurden wie es nur möglich war, daß die wichtigsten Umstände außer Betracht gelassen und die Versuche mitunter mit einer Hast angestellt wurden, wie man sie nur bei billigen Laien vermuten kann. Je laienhafter jemandes Anschauungen über Elektrizität und Batterien sind, desto mehr erachtet er natürlich von der Elektrizität in bezug auf die Batterien. Ein entsetzter Wähler würde sich von dem herein keine allzu große Hoffnungen gemacht haben. Und die Zeit hätte ihm recht gegeben. Versuche in dieser Richtung liegen massenhaft vor, meist unbrauchbar, aber auch gute. Diese guten haben die magere Erwartung unseres sachverständigen Wählers bestätigt. Hans Reichenbach hat einmal die Ergebnisse der Arbeiten zusammengetragen (Arbeiten aus dem Gebiete der experimentellen Elektrologie, 1908). Das Ergebnis läßt sich kurz etwa folgenmaßen darlegen:

Der elektrische Strom ist nur unter Aufnahme von Wärme oder durch Bildung antiseptischer Zerlegungsprodukte innerhalb der bis jetzt angewendeten Stromarten imstande, Batterien zu vermehren, ob es sich um Zink- oder Kupfer- und Zinn-Batterien überhaupt er imstande ist, Batterien zu vermehren, ist sehr fraglich. Die Elektrizität verhält sich also anscheinend gerade so das Licht — auch damit wieder die nahe Verwandtschaft beider Erscheinungen nahelegend. Auch das Licht kann nach bisherigen Erfahrungen nur indirekt, durch Bildung antiseptischer Substanzen, Batterien vermehren, denn bei Abwesenheit von Wasser und Sauerstoff hat es jede bakterienstörende Kraft verloren. Beobachtet man, daß sporenbildende Tetanusskulturen nur bei Gegenwart von Sauerstoff durch Licht getötet werden, daß nach trockenem tuberkulösen Sputum nach Mätigkeit Bekämpfung noch keimfähig.

Elektrizität wie auch Substanzen, um auf Batterien wirken zu können, erst eine Umwandlung in Wärme oder chemische Kraft erfahren. Versuche müssen auch in der Richtung darauf durchgeführt werden, daß man die Erzeugung oder Zerlegung

auch der Alkoholverbräuch zu Trinkweinen dieses Jahr etwas stärker ist als im Vorjahr, darüber täuschen sich die eingehendsten Kreise nicht mehr, die früheren Höhen wird er nicht wieder erreichen. Die im vergangenen Jahre noch nachwirkende Vorverfolgung ist jetzt ausgeglichen, die erste Hälfte des statistischen Spiritusjahres 1910-11 zeigt durchaus die normalen Verhältnisse. Und wir Arbeiter können leblich zufrieden damit sein, soweit unsere Wünsche nicht noch weiter gehen, und die völlige Vernichtung der Schnapsleibesgabe herbeiführen.

Nur die erste Hälfte des Jahres 1910-11, also Oktober bis mit März, stellt sich die Produktion, der Trinkverbräuch und der gewöhnliche Konsum wie folgt:

| Erstes Halbjahr | in Hektolitern | | |
|-----------------|----------------|----------------|---------------------|
| | Erzeugung | Trinkverbräuch | generell. Verbräuch |
| 1910/1911 | 2578416 | 1050062 | 695712 |
| 1909/1910 | 2713280 | 907453 | 995600 |
| 1908/1909 | 3213722 | 1313300 | 912019 |
| 1907/1908 | 2961689 | 1267286 | 881769 |

Vergleicht man die erste Hälfte des Jahres 1910-11 mit der des Jahres 1907-08 — damals bestand noch keine „Störung“ der Schnapsproduktion — so ergibt sich ein Rückgang in der Produktion von rund 415.000 Hektoliter reinem Alkohol. Wegen des Vorjahr sind es diesmal bis jetzt fast 147.000 Hektoliter weniger an Produktion. Der Trinkverbräuch hat von 1907-08 bis 1910-11 die Zahljahre in Vergleich gesetzt — um 212.724 Hektoliter abgenommen. Wie bemerkt, daß der hergebrachte Schnaps noch keine fünfzig Prozent Alkohol enthält, so ergibt sich die tatsächliche Summe von rund zweieinhalbzig und einer halben Million Liter Schnaps, die in den sechs Monaten 1910-11 weniger in den Konsum übergegangen als in derselben Zeit des Jahres 1907-08. Sicher ein gewaltiger Fortschritt, der nicht zum wenigsten auf die Arbeit der Sozialdemokratie zu setzen ist. Und für die Schnapsinteressen ist es ein gründliches Schicksal. Wie wäre es mit einem Orden für alle die, welche im Jahre mindestens einen Hektoliter Schnaps trinken?

Für den denkenden Arbeiter sind die Zahlen wieder ein Ansporn, in der tatkräftigen Boykottierung des Schnaps nicht nachzulassen!

Deutsches Reich.

— König Landrat vertritt alle Vereinsrechte! Der Landrat des Kreises Wittenhausen a. d. Weira hat neuerdings die Polizeibeamten seines Kreises instruiert, daß seine politische Versammlung länger als bis 10 Uhr dauern „dürfe“. Eine größere Anzahl von Versammlungen wurde auch um 10 Uhr gewaltsam polizeilich geschlossen, auch solche, die erst um 12 Uhr beginnen konnten. — Erst vor kurzem wurde der Nachweis geführt, daß es ohne weiteres gegen das Vereinsgesetz verstoßt, politische Versammlungen unter der Bezeichnung über die Polizeistunde zu zwingen. Aber das hat nicht viel zu bedeuten.

Könnte die Halleische Polizei die Verordnung des Landrats nicht nachmachen?

— Die Zentralorganisation der Schwarzen. Die Germania teilt über die zu gründende Zentralorganisation für die deutsche Zentrumspartei folgende Einzelheiten mit: Ueber die Gründung hätten sich jetzt die Landesparteien schlichtig zu machen. In der Beratung des bayerischen Zentrumsausschusses sei prinzipiell beschlossen worden, einen solchen Zentralorganisation für die deutsche Zentrumspartei beizutreten. Dem bayerischen Zentrumsausschuss sei ein Entwurf der Satzung der deutschen Zentrumspartei vorgelegt, der nach Beratungen, meist reformator Natur, aufhebe. Das Statut habe die volle Selbstständigkeit der Landesparteien in ihren eigenen Landesangelegenheiten. Der zu schaffende Reichsausschuss solle paritätisch durch die Landesparteien gebildet werden. Die Landesorganisationen Preußens, Bayerns, Württembergs, Badens usw. würden numerisch in gleicher Stärke im Reichsausschuss vertreten sein.

des fremdbildlichen Verkehrsverkehrs ausstüdt. Das ist schwer, ebenso wie es schwer ist, auch nur eine einigermaßen gute Gleichförmigkeit der Erwartung zu erreichen, weil die einzelnen Teile der Mühseligkeit, in der man arbeitet, ungleich sind, weil die eingelagerten Teilmittel und Batterien ungleichförmigkeit erzeugen, weil durch die auftretenden Gasperlen Stromdurchfluß eintritt usw.

Somit ist jedenfalls fest, daß der Elektrizität in der bisher angewandten Form eine große praktische Bedeutung bei der Lösung von Batterien nicht zukommt. Wärme (sowohl wie Antipolier) sind bisher in anderer Weise billiger zu beschaffen als durch den elektrischen Strom, und die elektrischen Strahlen sehen wie hier nicht als elektrische Erscheinungen an; ihre Wirkung ist allerdings unbestreitbar und doch wertvoll.

Der Kampf gegen die Transfusion in Australien. Ueber den jetzt energigsten Kampf, den man in Australien gegen die Transfusion führt, berichtet Robert Schacher im Rahmen einer größeren Arbeit, die in den letzten Hefen der Internationalen Wochenblätter für Wissenschaft, Kunst und Technik veröffentlicht wird. Wie in England, so befindet in Australien und Neuseeland schon von jeher eine Transfusionssystem gegen Transfusion. Aber erst die neueren Zeit hat Gelege gegeben, die das Hebel fester angreifen; in ihnen wird die individuelle Freiheit gegenüber der Allgemeinheit des Gliedes der Familie und der Zukunft der Nation recht erheblich eingeschränkt. Und gerade auf diesem Gebiet hat das wissenschaftlich recht einen weitausgehenden Einfluß gehabt. Die erste wissenschaftliche Forderung gegen die Transfusion hat Westmacland 1893 und 1895 geäußert, während New-Sidways 1905 und Victoria 1906 folgten. In diesen Völkern ist ganz allgemein der Ausspruch üblich, daß die Transfusion eine somnuz bereitet; außerdem wird ihr die einzelnen Wohlfahrter bei den allgemeinen Verordnungen maßlos über die politische Auffassung, die Verabreichung oder den Fortbestand der Wirtschaftsbetriebe abgelehnt. Zur Interessdrückung des Ausspruchs geistiger Getränke in den einzelnen Nationalitäten ist ein Komitee unter der Leitung der in Westmacland abgewählten Namen ergründet worden. Auf dem in Victoria 30 Prozent aller Wähler mindestens sich beteiligt haben. Die absolute Mehrheit genügt, die Einschränkung der Zahl der Transfusionen in die Wege zu setzen. Von 35 Wahlbezirken ist bis jetzt nur in sechs jeder Alkoholverkauf verboten. Im 14. ist die Verabreichung der Schenkungen erreicht. Die ersten Abkündigungen in Victoria und New-Sidways haben zu einer erheblichen Verminderung der Schenkungswirtschaften, aber zu keinem Auswärtiger geführt. Freilich ist der Erfolg dieser Antitranfusionen bisher auch in New-Sidways das das alte Gesetz hat, noch nicht sehr bemerkbar geworden; der Konsum von Bier ist vielmehr in den 10 Jahren von 1898 ab um 1,728, von Wein um 0,138, von Sifir um 0,018 Gallonen (4 1/2 Liter) pro Kopf der Weisen gestiegen. Die öffentliche Meinung ist zurückgegangen, aber der heimische Markt hat sich behauptet. Er heißt, daß noch vorgeschlagen worden, in den Bezirken, in denen jeder Alkoholverkauf verboten ist, auch den Getreidetrans zu verbieten. Aber bis jetzt hat dieser Vorschlag keinen Erfolg gehabt. Der Versuch, auch New-

— Dielektische Weisheit. In Karlsruhe hat der Reichsverband general v. Liebert einen „politischen“ Vortrag gehalten, in dem er nach dem Maßstab des Landesboten sagte:

Die Sozialdemokratie wäre befristet worden, wenn man das Sozialistengesetz im Jahre 1890 noch einmal auf zwölf Jahre verlängert hätte.

O ärgern die Weisheit! — Herr v. Liebert sprach dann weiter aus, daß der Reichsverband fortan auch „gegen jede Partei, die mit der Sozialdemokratie ein Bündnis oder ein Kartellverhältnis“ agieren werde. Das war ein „Bündnis“, die Sozialdemokratie und die Nationalliberalen, die in Baden so schön im „Großholz“ der Sozialdemokratie taktischelten. Gegen diesen Vaterlandsverrat gibt der feindsige Reichsverband keinen Kardon.

— Betriebskrankenkassen und Versicherungsordnung. Der Aufsicht des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen nahm am letzten Sonntag in der Reichsversicherungsordnung in der Fassung der kommissionellen Beschluß Stellung. In einer Resolution wird gegen die Verschärfung der Betriebskrankenkassen und gegen die erschwerenden Voraussetzungen für ihre Zulassung „entschiedener Widerspruch“ erhoben. Die Betriebskrankenkassen hätten sich „auf alle Weise bemüht“, seien „besonders leistungsfähig“ und hätten große Vorzüge. Das gelte besonders auch von den kleinen Betriebskrankenkassen, die häufig noch weniger als große Krankenkassen „sofortlich unannehmbar“ sei die Festlegung, daß Betriebskrankenkassen nur zugelassen werden sollen wenn und solange sie die allgemeine Kreis- und Landkassenkasse nicht gefährden. Die Resolution verurteilt dann mit einem plumpen Anspiel die „geringere Leistungsfähigkeit einer Betriebskrankenkasse“ „zum guten Teil auf die Art zurückzuführen, wie sie verwaltet wird“.

Die Resolution schließt mit folgenden Sätzen: „Ansehung bietet die Reichsversicherungsordnung zwar manche Fortschritte in der sozialen Fürsorge. Demgegenüber legt sie aber den Erwerbsfähigen, insbesondere der Industrie neue große Lasten auf, enthält vielerlei Beschränkungen und Einschränkungen und in dem Verordnungsbestand, die häufig noch weniger als große Krankenkassen „sofortlich unannehmbar“ werden die Betriebskrankenkassen wesentlich beschränkt, stark gekürzt und in eine für alle Zukunft unheilvolle Lage gebracht. Sollte in diesem Punkte nicht noch eine Änderung erzielt werden, die den ungeschmähten Fortbestand der Betriebskrankenkassen sichert, so ist die gesamte Neuordnung der Reichsversicherungsordnung für den Verband unannehmbar.“

Finnland.

Die Verfassung der Presse. Vor einiger Zeit verlangte der finnländische Diktator v. S. E. N. daß die Verlagsgesellschaften unteres Kammerforstverwaltendes Santeri Nuorteva eine „geeignete“ Person als verantwortlicher Redakteur bestimme. Dem kam die Verlagsgesellschaft natürlich nicht nach, da die Verfassung bloß die „Anwesenheit“ vordringt und dem Generalgouverneur nicht die Befugnis einräumt, die Redakteure zu „genehmigen“. Nun ist der Verlagsvertrag von Kammerforst im Auftrage v. S. E. N. beim Katastergericht flagrant geworden. Er verlangt die gerichtliche Suspendierung des Blattes, da es keinen „Verantwortlichen“ habe. Die Genossenschaft wies es auf die Entscheidung des Gerichts entkommen lassen. Mögen die finnischen Richter den Beweis erbringen, daß sie die Landesverfassung auch dann zu verweigern erblicken, wenn es sich um einen Verlagsvertrag gegenüber einem Sozialdemokraten handelt.

Serbien.

Serbische Minister. Die Stupskina beriet am Montag über die Anträge, die von den Nationalisten gegen den früheren radikalen Minister des Innern Petrovic beantragt worden ist, weil er am 29. September 1907 die beiden Brüder Novakovic habe ermordet lassen. Petrovic begründete ausführlich, daß die Anwendung der Wasserfornie, die den Tod der beiden Novakovic herbeigeführt habe, vollkommen gesehlich gewesen sei,

Seeland alkoholfrei zu machen, wird jedenfalls in nicht zu ferne Zeit im Parlament eine Majorität finden, da die Anzahl der Anhänger der Bewegung in ständigem Wachstum ist. Im Hinblick auf diese Bewegung ist auch die gegen Spanien und Wien wichtig, und man wird den Erfolg dieser Bemühungen nicht bezweifeln, wenn man das Abhängigwerden Spaniens und Portugals von den westlichen Ländern in den Schachverhältnissen ganz von selbst abdrückt; man; namentlich durch Hebung des Bibliothekswesens und Veredelung des Sports und durch Schaffung guter Volksschulen glaubt man den Kampf gegen den Alkohol noch erfolgreicher führen zu können.

Die Länge der Erbschaften. Ueber dieses interessante Thema veröffentlicht Dr. Theodor Heber in Heft 14 der Natur, Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft, die dem Naturforscher, dem wir folgenden kurzen Auszug entnehmen: Wenn in der Nacht vom wolkenlosen Himmel Leuchtende von funkelnden Sternen ihre Lichtigkeit zu uns herabdröhen, wenn flimmernd ihre Strahlen durch die klare Luft strömen, dann besaß manchen Menschen ein erhabenes Staunen, der sonst der Natur fremd gegenübertritt; die stille Größe dieses Anblicks wirkt mächtig auf ihn als das wechsellöbige Weibliche der irdischen Welt, mag er nun im Selbstsinn aller Kulturvergesellschaften der Gegenwart sich erheben oder fern von allen irden oft so ungeschicklichen Sorgen sein Leben führen. Natur und Naturforscher haben beide den mächtigen Eindruck des geistigen Firmaments gespürt, wenn auch in verschiedener Weise. Der eine erregt sich an dem glühenden Scheine der himmlischen Leucht, die wie Brillanten aus dunklen Sammet herabglänzen, der andere schaut mit ängstlicher Unabwieslichkeit Schnaps empor zu den geistigen Höhen der drohenden Sternensphäre und unerschrocken tiefes Dunkel geblüht scheint und in denen er darum geistliche Gewalten vermutet. Dem Dritten weht auf einmaler Stille, im Wühlengedicht, auf wogender See der Sterne mildes Licht gegen den Weg, ein anderer irrt den Pfad aus ihnen herauszuweisen, der aber keine Wegmarken in Zukunft wahren will. Eine ganze Wissenschaft hat er so an ihr Ein gelehrt, die freilich als ettel Zeug sich erweisen sollte. Aber aus ihren verfallenden Ruinen erhob sich freudig wahres Wissen, und wahrhaft Wissende schaueten jetzt zu neuen Tausenden empor zum Sternensinnel, der über ihre Höhen schwebte, mit ihrer Kammer und mit ihrem Lichtschein in tiefen geistlichen Räumen immer tiefer in die Geheimnisse der drohenden erdigen, die anderen, um von dem Geistesgenie geistige Höhen fortzusetzen, die in enger Verschlingung fortführen zu den, was ihnen alles so teuer ist, zum Menschlichen, zum Menschlichen, demselben selbst — So, da droben am geistlichen Firmament können wir in Klammern eine Geschichte geistlicher Leben, nicht altologische Weisheit kann sie uns geben, nein, sie zeigt uns das Leben, die Entwidlung eines weit mächtigeren Wesens; anderer mühtlicher Erde älteste Gelfe — leben wir von ihren Weisheiten ab, Rechenen werden, leben wir da droben Welten in allen möglichen Aufstufen, wie unter der Erde sie durchdringt und wie sie ihr in Zukunft noch bevorsteht.

Es ist auf feierliche Weise nicht selten verhängt worden. Man habe auch berechtigter Grund zu der Annahme, dass die von Marlan Kowalovic, ein unverwundlicher Gegner des neuen Regimes, durch eine Revolte in der Vergrößerung der Reichweite einer Armee herbeiführen wollen. Petrovic schloß, er habe diese Befehle nur dem Präsidenten, nicht den Generalen gegeben. Die Ermordung der beiden Kowalovic habe er nicht gewünscht. Der Nationalist Ribarac vermied auf eine Entscheidung des Gerichts, die die Anwendung von Waffengewalt für ungesetzlich erklärt. Er liege nichts als ein gemeiner Mörder vor.

Türkei.

Die Krise in der jungtürkischen Partei.

Redungen aus Konstantinopel zufolge wird das jungtürkische Komitee in Saloniki in seinem Gutachten, welches im Laufe dieser Woche veröffentlicht werden wird, jede Abänderung seines Programms ablehnen, so daß keiner der zehn Artikel, die von der Gruppe der Dissidenten vorgelegt worden sind, zur Annahme gelangen wird. Infolgedessen dürfte der bisher angenommene Bruch zwischen Jungtürken und Dissidenten neuerdings zutage treten und möglicherweise erstere Formen annehmen. Man glaubt, daß Kriegsminister Scheffer Pascha nur diesen Augenblick abwartet, um energisch einzugreifen. Der Hauptführer der Dissidenten Sabit hat Konstantinopel verlassen; hierdurch ist die bestirreteste Ministerkrise abgewendet worden.

Die Kämpfe in Albanien.

Von Soplanac wird ein neuer blutiger Kampf gemeldet, dessen Ausgang noch unbekannt ist. Es kämpften dort 8000 Mann türkische Truppen gegen die Aufständischen. Bei Klavos haben türkische Soldaten zwei Dörfer verbrannt. Es gab mehrere Tote. Albanische Rebellen haben die Militärposten von Selogues und Gushigne, sowie zwei andere mit Bomben angegriffen. Nach den kochenden Kämpfen wurden Truppenüberführungen geschickt. Bei Skopit haben neue Zusammenstöße mit ernstlichen Verlusten stattgefunden. Ein Lager, in dem zwei Bataillone kampierten, wurde mit Dynamit in die Luft gesprengt. Genaue Informationen sind wegen der Unterbrechung der Verbindungen unmöglich. — Türkische Truppen werden im Bilajet Shutari an allen strategisch wichtigen Punkten konzentriert, um wenn es nötig ist, nach der montenegrinischen Grenze dirigiert werden zu können.

Mexiko.

Neue Kämpfe.

Obwohl offiziell der Waffenstillstand in Mexiko fort dauert, treffen aus allen Teilen des Landes Nachrichten über neue Unruhen ein, die, wie angenommen wird, ohne Wissen Maderos stattfinden. Die Provinzhauptstadt Durango wurde von den Insurgenten erobert. Die mexikanischen Bundesstruppen sind von den bedrohten Orten abgeschnitten, da die Rebellen die längste Stahlbrücke der Zentralbahn in der Nähe von Aguas Calientes gesprengt haben. 40 Kilometer von Puerto Cuernavaca haben die Insurgenten einen Eisenbahnzug angegriffen. Dabei wurde der ehemalige portugiesische Konsul in Mexiko sowie ein Japaner, zwei andere Passagiere und der Beige des Zuges getötet. Die Rebellen haben Torreon angegriffen und ein Geschütz in der Nähe von Matatlan geholt. — Der Friedenskommissar ist durch ein Telegramm des Präsidenten Diaz auf seinem Wege zum Insurgentenführer Madero zurückgerufen worden.

Die Friedensverhandlungen.

Die Aufständischen haben Franzisko Gomez, Franzisko Madero und José Suarez zu Friedenskommissaren ernannt. Ein verlangene Teilnahme an den Regierungsgeschäften und Ernennung einiger Revolutionäre zu provisorischen Gouverneuren für die Zeit bis zur Übernahme der ordentlichen Wahlen.

In einer Petition, die von tausend Studenten unterschrieben ist, wird Diaz ersucht, abzutreten. Er verweigert jede Antwort. Dagegen weiß die New Yorker Zeitung Sun zu melden, daß Diaz und sein Finanzminister Vintano sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zurücktreten würden.

China.

Der Aufruhr in Hongkong.

Paris, 3. Mai. New York Herald meldet aus Hongkong: Infolge der jüngsten Unruhen sind über 100 Aufreißer getötet worden. Augenblicklich herrscht „Ruhe“. Der Vizekönig sei Herr der Situation und empfiehlt der Be-

hörden: „Ich will zu verhalten.“ In Canton sind zum Schutze der Europäer außer dem deutschen Kanonenboot „Jüdis“ zwei englische Kanonenboote, zwei englische Torpedoboote, desgleichen zwei amerikanische Kanonenboote und ein portugiesisches Kanonenboot eingesetzt.

Aus der Partei.

Der Schupfennig-Wochenbeitrag.

Die Kreisgeneralsammlung des Wahlkreises III in Hainau-Kraußen beschloß nach einem Referat des Kandidaten, Gessner Grauer-Ridtenberg, die Einführung eines Wochenbeitrages von 10 Pf. und eines solchen von 5 Pf. für die Frauen. Die Delegierten dieses rein ländlichen Wahlkreises beklagten, daß im ganzen Kreise eine lebhaftere Kampfstimmung vorhanden sei.

Gemeindevahltag.

Der Gemeinderat in Poitzberg bei Delitzsch behält seine sozialdemokratische Mehrheit. Am Sonntag fanden die Erspäts wahlen zum Gemeinderat statt, der länger als drei Monate beschlußunfähig war, nachdem die fünf sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder auf Beschluß einer Einwohnerversammlung ihre Mandate niedergelegt hatten. Die fünf Sozialdemokraten wurden wiedergewählt und damit ist die sozialdemokratische Mehrheit wieder hergestellt.

Gewerkschaftliches.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1910.

Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes veröffentlichte schon der Jahresabstufung für 1910, aus der sich ergibt, daß der benannte Verband auch im Vorjahre wieder einen gewaltigen Schritt vorwärts getan hat. Der Verband zählte am Jahres-schluß 165 042 Mitglieder, davon waren 5040 weibliche und 613 jugendliche. Das ist gegen das Vorjahr ein mehr von 10 085 männlichen, 1866 weiblichen und 444 jugendlichen Mitgliedern. An Neuaufnahmen waren 49 771 zu verzeichnen. Da die wirtliche Mitgliederzunahme nur 13 215 beträgt, sind 36 556 Mitglieder durch Austritt, Todesfall oder Streikung dem Verbands wieder verloren gegangen. Diese Zahlen beweisen zwar, daß die Attraktivität der Mitglieder herab sinkt, die Zahl derer, die den Verband nur als Durchgangstation benutzen, ist aber immer noch recht groß. Der Holzarbeiterverband ist ein Industrieverband, er umfaßt 20 Berufe und hat 169 000 Mitglieder.

Die Kassenverhältnisse des Verbandes haben gleichfalls eine erfreuliche Verbesserung erfahren. Das Vermögen der Hauptkasse stieg im Berichtsjahre von 1 977 235 auf 2 917 132 Mk., also um 939 896 Mk., dazu die Beiträge der Gau- und Lokalstellen, ergibt ein Gesamtvermögen von 4 696 117 Mk. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben balanzieren in der Jahresrechnung mit 9 341 550 Mk. Von den Einnahmen sind zu erwähnen: 3 993 008 Mk. Mitgliederbeiträge, 75 082 Mk. Zinsen und Kapitalzinsen und 593 379 Mk. Ortsbeiträge. Die Ausgaben des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie zu Anfang vorigen Jahres, durch die die Holzarbeiter verlangt wurden, dem Kampfsfonds größere Mittel zuzuführen, hat also eine günstige Wirkung ausgeübt und der Verbandskasse ein größeres Plus gebracht. Der Rest der Mehreinnahme dürfte auf Konto der seit Juli 1910 durchgeführten Beitragserhöhung zu setzen sein. Von den Ausgaben sind aufzuführen:

| | |
|-------------------------------|---------|
| Reiseunterstützung | 104 359 |
| Arbeitslosenunterstützung | 685 999 |
| Krankheitsunterstützung | 579 814 |
| Gewahrgelittenenunterstützung | 39 383 |
| Unterstützung in Sterbefällen | 51 782 |

Diese Beträge bewegen sich ungefähr in der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Eine Ausnahme macht nur die Streikunterstützung, die im Berichtsjahre 995 336 Mk., also nahezu eine Million erforderte. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 331 186 Mk. Reichlich brachte das Jahr 1910 dem Holzarbeitersverbande auch mehr Lebendbewegungen als eines der Vorjahre. Wurden doch 1174 Verwundungen mit 106 011 Verletzten durchgeführt, 40 Ausperrungen, 608 Angriffe ohne Streiks und 62 Abweichungen ohne Streiks zu zählen. Als Erfolg dieser Bewegungen ist zu verzeichnen für 51 161 Personen eine durchschnittliche Arbeitszeitverlängerung von 1,7 Stunden pro Woche und für 87 396 Personen eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 1,84 Mk. pro Woche. Das in Mitgliederbeiträgen

aufgebrachte „Kapital“ hat also den Holzarbeitern reichliche Zinsen getragen.

Neue Differenzen auf den Sechshilfsverlethen.

Die Situation auf den Hamburger Sechshilfsverlethen zeigt sich wieder so, als im Vorjahre der große Kampf auf den deutschen Sechshilfsverlethen beendet wurde, nämlich die Werksarbeiter an, daß die Werksbetriebe ihren gegebenen Versprechungen auch nachkommen würden. Nach den getroffenen Abmachungen sollten die betreffenden Einstellungslöhne festgesetzt und um zwei Pfennig pro Stunde aufgehoben werden. Die Werksbetriebe gaben das später so aus, daß die 107 betan- denen Einstellungslöhne hierfür die Grundlage bilden sollten. Dieser herabgesetzte in den Streifen der Arbeiter begründete Er- zeugung und sie verlangten — wie das auch gar nicht anders aufzulösen ist — daß die zur Zeit des Ausbruchs des Kampfes bestehenden Einstellungslöhne bei der Berechnung in Rechnung gestellt werden sollten.

Wegen der Affordpreise war bei den zentralen Verhandlungen bestimmt worden, daß diese vereinbart und demnach festgelegt werden sollten, daß dabei „entsprechend über den Stundenlohn verdient werden kann“. Aber anstatt, daß die Werksbetriebe die Affordpreise den Vereinbarungen gemäß erhöhten, wurde in vielen Fällen eine erhebliche Kürzung der Affordpreise vorgenommen. Auch wegen der Besetzung für die Nachfristigkeiten ergaben sich Differenzen. Die Arbeiter der Hamburger Werksbetriebe verlangten nach Beendigung des Kampfes den Zutritt einer Verhandlungskommission, um über eine Reihe weiterer Streitpunkte eine Verständigung zu suchen. Während für die anderen Werksbetriebe eine solche Kommission von den Unternehmern ohne weiteres anerkannt wurde, verweigerte man sie für Hamburg.

Erit nachdem sich die Situation außerst kritisch gestaltet und die Organisationsvertreter erklärten, jede Verantwortung für die Folgen ablehnen zu müssen, wenn die Werksbetriebe bei ihrer Ablehnung verharren würden, brauchten sich die Unternehmern endlich dazu, der Bildung der Kommission zuzustimmen.

Die Verhandlungen der Hamburger Ortskommission sind nun aber vollständig ergebnislos verlaufen. Die Unter- nehmer haben sich hinter allerlei Ausreden verjagt.

Die von den Arbeitervertretern gewünschte Höhe der Ein- stellungslöhne haben die Werksbetriebe rund abgelehnt und die Affordpreise als angemessen bezeichnet. Auch alle anderen Wünsche der Arbeiter sind unzureichend geblieben. In zwei stark behafteten Verammlungen der Werksbetriebe aller Branchen erläuterten die Vertreter der Ortskommission die Verhältnisse, nach einer teilweise erregten Debatte fand eine Resolu- tion Annahme, in der von den ergebnislosen Verhandlungen Kenntnis genommen und die Organisationsleistungen aufge- fordert werden, eventuell erforderliche Maßnahmen wahr- nehmen vorzubereiten. An den Werksbetriebern wird es nun liegen, den beschriebenen Verhandlungen abzufolgen. Geschäft das nicht, so wird die Situation gefährlich. Teilweise wurde in den Verammlungen entschieden verlangt, sofort weitere Maß- nahmen zu ergreifen.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Wer an Blutarmut, Schwäche, Schlaflosigkeit, Appetitmangel leidet,

den sein nachstehende Mitteilungen zur Beachtung empfohlen: „Durch die herrlichen Erfolge an meiner beschriebenen Tochter und an einer fränkischen schwachen Scholgin bin ich ein warmer Werber für Ihren kammischer Stabblumen geworden.“ — „Ich bin 1 1/2 Jahre sehr krank gewesen. Ich konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhl- beschwerden, Kopfwehen, große Verammlungen, große Blut- armut und Gehirnlähmung in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. Und doch, wie schnell ist meine Gesundheit wieder.“ — „Ich hatte fürchter- liches Krämpfen in allen Gliedern, nervöse, schlaflose Nächte und große nervöse Kräfte und Darmbeschwerden. Mithinmung und Verdauungsbeschwerden brachten mich so weit, daß ich die Luft am Leben verlor. Nach Verbrauch dieses köstlichen kammischer Stabblumens ist es anders geworden; mein Appetit ist gut, die Schmerzen haben nachgelassen, ich gebe gefahrlos, mache leichte Sportarbeit und schlafe ausgerechnet.“ Bitte, nehmen Sie Platz in unsern kammischer Stabblumen zum Wohle der lebenden Menschheit. — Ausführliche Mitteilungen über Arznei-Ver- ammlungen und Bezug des kammischer Stabblumen in Düsseldorf O. 153.

Besonders preiswerte

Herren-Artikel.

Farbige Oberhemden 2⁷⁵
in neuesten Streifen und Farben
Stück 4.25 3.50 M.

Weisse Oberhemden 3²⁵
mit weissem Piqué-Einsatz
Stück 5.50 5.00 M.

Herren-Westen 2⁵⁰
einfarbig und gemustert
Stück 6.50 4.50 3.50 M.

Westen-Gürtel 90
neueste Fassons, hell u. dunkel
Stück 3.10 2.00 1.60 1.30 1.10 Pf.

Herren-Sport-Hemden 3⁷⁵
mit losen Kragen
Stück 3.90 M.

Herren-Hüte 2²⁵
farbige weiche Formen
Stück 4.25 3.25 2.50 M.

Herren-Hüte 2³⁵
schwarze steife Fassons
Stück 5.25 4.50 3.65 3.25 M.

Herren-Mützen 1⁰⁵
englische Fassons
Stück 2.65 1.85 1.60 M.

Herren-Stroh-Hüte 95
neueste schicke Fassons
Stück 5.50 3.25 2.35 1.50 1.15 Pf.

Echte Panama-Hüte 6⁰⁰
in den neuesten Formen
Stück 9.50 7.50 M.

Farbige Garnituren 63
in aparten Streifen
Garnitur 1.70 1.50 1.15 1.05 85 72 Pf.

Herren-Kragen 38
Schicke modern. Fassons, 4/2 bis
8 cm hoch, Steck. 65 55 50 45 42 Pf.

Hosenträger 45
Prima Qualitäten
Paar 2.25 1.85 1.10 96 70 55 Pf.

Herren-Krawatten 25
in modernster Ausmusterung
Stück 1.70 1.25 90 75 45 Pf.

Herren-Handschuhe 38
in Stoff und Leder
Paar 2.50 2.00 1.50 1.15 85 60 Pf.

Herren-Regenschirme 2⁰⁰
in Zanella, Halb- und Rein-Seide
Stück 8.50 6.75 4.50 3.75 M.

Geschäftshaus

J. LEWIN

Halle a. S.

Marktplatz 2 und 3.

den Hilfslosen herausgestellt hätten, da das Recht der Auf-
sichtsbekörderung zur Kontrolle sich nur darauf erstreckt, ob die
Hilfslosen die gesetzlichen Vorschriften beachten, dagegen könne
die Gründung neuer Hilfsstellen nicht kontrolliert werden, ob
die Gründung auf schwindelhafter Grundlage beruhe. Des-
wegen sollen die dem Aufsichtsrat für Privatversicherung
unterstellt werden.

Hg. Trimbom (Centr.) stellt sich auf den Boden des Ent-
wurfs, wünscht aber seine Verweisung an eine Kommission.
Hierauf wird ein Verlagsantrag angenommen.

Vizepräsident Schulz schlägt als Tagesordnung vor: Ent-
scheidung über die Beschwerde des Hg. Severing
gegen den ihm am 4. April erteilten Erbschaftsurteil, Fortsetzung
der heutigen Beratung und Vertagung.

Hg. Severing (Soz.) zur Geschäftsordnung: Meine Aus-
sicherungen über die Parnerbindung wegen der Heterologien
am 4. April richteten sich nicht gegen das Reichsmarineminister.
Gegen den Staatssekretär des Marineamts konnte ich den
Vorschlag der bezüglichen Darstellung schon um desswillen nicht
richten da mir bekannt war, daß der Staatssekretär durch die
Verhandlungen in der Budgetkommission und im Reichstage
über den tatsächlichen Klirpung der Abträge der Heizer-
zulagen unterrichtet sein mußte.

Vizepräsident Schulz: Wäre am 4. April eine so ein-
wändige Erklärung abgegeben worden, so hätte ein Antrag
zu einem Ordnungsruf nicht vorgelegen.
Hg. Severing (Soz.): Nach dieser Erklärung des Präsi-
denten ziehe ich meine Beschwerde gegen den
Ordnungsruf zurück.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 3. Mai 1911

Aus dem Stadtparlament.

Interessenspolitiker.

Die bürgerlichen Stadtdenkmäler betreffen gewöhnlich nur
Geldausgaben. Kommen solche nicht in Frage, dann sind
die friedlichen Leute, dann lassen sie den Magistrat ganz
wirtschaflich, wie er will, was ihre Hilflosigkeit so oft be-
weisen haben. Jumeilen legen sie aber auch in Dingen, die
nichts mit lindernder Mütze zu tun haben, einen scharfen
Klassenhintergrund an. So z. B. im Hinblick auf den ge-
richtlichen Stadtdenkmälerentwurf der Vorhänge dem verstorbenen
Herrnbürger Herrfeld einen Anlauf, bei dem er die
Stadtdenkmäler aufzuführen sich zu Ehren des Verstorbenen
von den Söhnen zu erheben, was auch geschehen. Bei der Mit-
teilung von dem Tod des Oberpostinspektors Webemann
am 4. April wurde nicht zum Erleben von den Söhnen aus-
gesprochen, vielmehr nur beschlossen, der Familie das Beileid
auszusprechen. Die Stadtväter wissen sehr gut Unterschiede
zwischen übergeordneten und einzelnen Angehörigen zu machen.
Und doch war Webemann immer noch ein Angehöriger, der
sich enorme Verdienste um die Erhaltung und den Schutz des
Vestiges und anderer heiliger Güter der Nationen erwarben
hat. Das soll ihm jetzt aber alles nichts: Er war eben nicht
der Angehörige der herrschenden Klasse, sondern nur ein ihrer
Witzgenosse, und für die erbebt man sich nicht aus dem
Schleier.

Einen lebhaften neuen Interessenskampf lösten die Stadt-
väter Kleinbürgerlicher Couleur aber auch aus um die Frage
der Errichtung eines Cafés-Restaurants im Roten
Turm. Dieser kleinlich geführte Streit nahm einen ähnlichen
Verlauf, wie jener um die Errichtung einer städtischen
Bühnenbühne vor einigen Wochen. Wieder sagten einige Stadtväter
ordnete, daß der Magistrat mit dieser Einrichtung den steuer-
zahlenden Gewerbetreibenden, in diesem Falle den Gast-
wirten, Konkurrenz machen wolle, was nicht zu billigen sei.
Diesem Einwand trat nach dem Bürgermeister auch noch der
Oberbürgermeister entgegen, wobei er rief und rief sagte:
Es treten gegenwärtig wie ich heute schon wieder zeigen,
in allen parlamentarischen Körperlichkeiten die Sonderinter-
essen — Gott sei's gegnagt — immer härter hervor und
drängen das Allgemeininteresse in den Hintergrund. Jedoch
diese und noch andere scharfe Worte verhielten diesmal nichts,
der Magistrat mußte die Ablehnung der Vorlage einleiten,
wie er vor drei Wochen die Errichtung der Bühnenbühne gegen
die Interessenspolitiker nicht durchdringen konnte.

Aber er sollte nicht eine würdige Genehmigung erhalten, bei
der die Stadtdenkmäler beweisen, daß sie für ideale Momente
für die Wahrung ihrer Rechte und die Wahrung ihrer eigenen
Rechtsfälle absolut sein Gemüthen haben. Solche Dinge sind
den Interessenspolitikern einfach Luft. Der Magistrat hat be-
sonnig den Stadtdenkmälerentwurf, in eine zu bildende
Theaterdeputation zwei Magistratsmitglieder und
fünf Stadtdenkmäler zu entsenden, abgelehnt. Jetzt ist die
Stadtdenkmäler-Versammlung umgewandelt. Sie nahm eine
neue Vorlage des Magistrats, drei Magistratsräten und vier
Stadtdenkmäler in die Deputation zu schicken, ebenfalls an,
wobei sie ihren eigenen früheren Beschluß preisgab und wortlos
auf ihr Recht in der Deputation, in die außerdem noch
zwei Bürger gewählt werden, sich die Mehrheit zu sichern, be-
stimmte.

In ihrer ganzen stolzen Glorie zeigten sich aber die
Sonderinteressen-Vertreter bei der Behandlung der Stein-
sekerpetition, die sich gegen die Unterlegung der
Schwarzmaier durch die Behörden wendet. Ein kleiner Form-
fehler genügte der Gesellschaft, um diese Beschwerde hinter-
drücklich abzuwürgen. Es teilte nämlich der Referent Döcker
nur einfach mit, daß unter der Petition die Unterschrift fehlte
und daß deshalb der Ausschuss beschließen habe, gar nicht in die
Verhandlung über sie einzutreten. Der Vorbesitzer Höring
meinte, solche kleine Formfehler hätten bisher nicht davon
abgehalten, Petitionen zu erheben. Man wisse ja doch auch, wo
diese Petition herkomme. Aber es wurde keine Veranlassung
betragen, ob sie in Behandlung der Beschwerde eintreten
müsse. Stadtvater Emmer schloß sich der Ansicht des Vorbesitzer
an und verurteilte die Veranlassung, die Beratung der Petition
doch an der Kleinigkeit nicht scheitern zu lassen, sondern sie
endlich einmal zu erledigen. Aber was geschah? Geschlossen
stimmen die bürgerlichen Stadtdenkmäler gegen die Eröff-
nung der Beratung. Sie wollen nichts hören von Arbeiter-
beschwerden. Und nun noch gar Beschwerden von Streikenden
und Ausgepörrten! Wieder mit ihnen, wenn's nur
irgend angeht!

Mit diesem schlichten Mißlingen war die vorgelagerte Tages-
ordnung erledigt, doch folgte noch etwas, was zu einer stillen
Demonstration der gelangten Pressevertreter führte (der
1. Mai ist eben ein sehr kritisches Datum). Nach der Er-
ledigung der vorgelegten acht Tagesordnungspunkte be-
schlossen die Stadtdenkmäler, noch weitere acht Punkte zu er-
heben, die so an eine Wandtafel geschrieben waren, daß die
Beratungsmitglieder sie ablesen nicht lesen konnten. Da
man die Rede nicht mehr lesen konnte und noch dazu
heim Sprechen dem sehr unangenehmen Plag der Pressevertreter
den Rücken lehnen mußten, eine schadenhafte Berichterstattung
deshalb nur möglich ist, wenn man die Vorlagen oder wenig-
stens ihren Inhalt kennt, beschloßen die Pressevertreter sämt-
licher bürgerlicher Blätter, über die weiteren ihnen unverblü-
ndlichen Verhandlungen dieser Sitzung die Berichterstattung ein-
zustellen. Sie verließen gemeinsam den Sitzungssaal, was am
1. Mai eine immerhin recht angenehme Erscheinung war.

Am Laufe der Sitzung waren noch über folgende Punkte
debattiert worden:
Die Errichtung eines heiligen Bürgers, welcher nicht ge-
nannt werden will, in Höhe von 20 000 M., zur Förderung der
Zwecke der städtischen Museen, insbesondere zur Errichtung
eines Gemäldegalerie-Gebäudes, wurde angenommen be-
schlossen.

Die Überbügelmittel sollte dazu noch mit, daß weitere
10 000 M. von einem anderen Bürger gespendet worden seien.
Der Antrag zur Errichtung einer Gemäldegalerie sei damit
auf 170 000 M. angewachsen, die Errichtung der Galerie also
sehr in die Höhe gerückt. Der Magistrat glaube, bald einen
geeigneten Platz finden und dann eine Vorlage einbringen zu
können.

Die Verlegung des Schulgartens nach dem Galgenberge
wurde genehmigt und der Betrag von 27 300 M. bewilligt zur
Ausführung der notwendigen Anlagen. Den Schulgartens-
besitzer wird am 1. Oktober schicklich werden, damit am
1. Januar des nächsten Jahres mit der Verlegung begonnen
werden kann.

Mit dem Arbeitsplan für den Verein für Volkswohl beim
Tierzucht auf der Dehne-straße soll die gemäß Gesetz vom
29. Juni 1907 zu errichtende Wanderversitätsanstalt verbunden
werden. Die Kosten für die baulichen Anlagen betragen für
den Verein für Volkswohl 8000 M., für die Wanderversitäts-
stätte 10 500 M. Der Verein für Volkswohl hat sich ver-
pflichtet, der Stadtgemeinde die Anwendungen mit 4 Prozent
zu verzinzen und mit 2 Prozent zu amortisieren. Die rest-
lichen Kosten werden von der Stadtverwaltung in Ge-
meinschaft des Wanderversitätsvereins zu zwei Dritteln er-
stattet. Die Vorlage wurde genehmigt und der Kostenbetrag
bewilligt.

Weiter wurde zur Schaffung eines Kinderplatzes im
Südwesten der Stadt der Kauf des zwischen Hebenauer- und
Hörsing-Platz liegenden Grundstückes im Wert von 2 M. pro
Quadratmeter beschlossen. Ein Stadtdenkmäler forderte dabei
die Errichtung eines Kinderplatzes auch für die Süd-
westen, etwa in unmittelbarer Nähe der Wohnviertel am
Wöllberger Weg.

Aus der geschlossenen Sitzung ist zu berichten:
Einen Antrag des Magistrats, zu dem bereits zu einem Bau-
bau der Sparkasse angekauften Grundstücken Rathausstraße 5
und Kleine Steinstraße 8 noch das Vordermeister Köd-
schen Erben gehörige Grundstück Rathausstraße 6 für den
Preis von 81 000 M. zu kaufen, zu beschließen, hat der
Ausschuss abgelehnt. Das Grundstück ist 30 Quadratmeter groß,
es kommen somit 175 Mark auf ein Quadratmeter, ein bis
jetzt in dieser Gegend noch nicht erzielter Preis.

Eine Petition des Hausmanns Greber vom Paul Niebe-
ditt, um anderweitige Beschäftigung im Röhrländchen
wird dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen. Greber
verliert durch seinen Tod nahezu 11 Jahre und hat sehr arbeits-
sam, da es all Differenzen zwischen ihm und dem Inspektor Winter
(bekannt durch sein altes harnames militärisches Auftreten in
der Anstalt) bekommen war. Würde seine Bitte unberück-
sichtigt bleiben, gehen ihm seine ganzen erworbenen Rechte
verloren.

Vom „berühmten“ Erfolg.

Wie rühmlichst auch die Aufsicht über die, konnte man
aus einer solchen vor dem höchsten Kriegsgericht stattgehabten
Verhandlung entnehmen, zu der der hiesigen junger Ritter
Walter von Choring als Angeklagter erschienen war. Wes-
halb der junge Mann, der bei dem Infanterie-Regiment in
Altenburg dient, angeklagt war, erhaben mir bei dem Be-
ginn der Verhandlung nicht, da der Ankläger, der untern
Leuten bekannte Kriegsgerichtsrat Senff, vor der Be-
tätigung des Erbschaftsgerichtes den Ausschluß der
Öffentlichkeit beantragt. Gewiss interessant wie kein
anderer, daß die Öffentlichkeit nicht mit denen Dr. Senff
den Ausschluß der Öffentlichkeit rechtfertigen wollte. Es
hieß da: Die Öffentlichkeit — wiewohl nur zur Veridi-
erhalten des Volkswohls — wird während der ganzen Dauer
der Verhandlung ausgeschlossen, da Dinge zur Sprache kämen,
die dazu führen könnten, das berechtigte Ergeßnis des An-
geklagten und seiner Familie anzugreifen. Und dies, hieß es
dann weiter, könne nicht der Zweck der Verhandlung sein.
Die nicht besonders glücklich gewählte Ausschlußbegründung
enthält einen verdeckten Angriff auf die Presse, und auf welche
Presse, das brauchen wir nicht näher anzudeuten. Auch mir
begreifen sehr wohl, daß die Veröffentlichung von Gerichtsver-
handlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten,
Schmerz und Sorge bereiten können und glauben bei der Ver-
öffentlichung oder Veröffentlichung der Namen den notwendigen
Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Ver-
öffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln
viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was
uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß
man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere
Ergeßnis allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das
berechtigte Ergeßnis sollte man jedem Menschen, dem „Ge-
meinen“ ja gut wie dem „Meinen“ erträumen. Was untern
Mitgliedersitzung ist, ist ein Recht, das allein bei dem
dem man bei einem „Meinen“ die Öffentlichkeit aus-
geschlossen hätte, weil durch die öffentliche Verhandlung das
„berechtigte Ergeßnis“ eines solchen Angeklagten gefährdet
werden könnte. Also auch bei der Abwägung des Ergeßnisses
treten die Klassenunterschiede recht zu Tage.

Die Verhandlung zog sich bis in den Nachmittag hinein und
die hundentlange Aussprechung der Presse erweckte sich als völlig
zwecklos, vielmehr sogar als schädlich für den Angeklagten.
Der junge Mann wurde wegen schweren Diebstahls zu drei
Monaten einer Woche Gefängnis und mit Degradation

bestraft. Wie aus der Beileidbegründung zu entnehmen war,
erhielt er die erhebliche Strafe wegen Entwendung von etwa
60 Zigarren und Zigaretten. Wegen sollen die Zaten sein
im Offizierskasino in Altenburg in der Zeit vom Februar bis
März d. J. Als erschwerend fiel ihm Gemüht, daß er den
Schwarz, in dem die Rauchwaren lagen, wiederholt mit einem
faßlichen Schlüssel, seinem Kombibüchlein, geöffnet hatte.
Infolge des Ausschlusses der Öffentlichkeit konnten die vor-
liegenden Mitvergnügend nicht genügend gewürdigt wer-
den. Der Beileidige soll die Zaten nur als Punktabzug an-
gesehen und der Angeklagte nur aus dem Gemüht gehon-
det haben. In der Verhandlung hatten sich drei medizinische
Sachverständige über den Beileidzustand des Angeklagten ge-
äußert. Der Angeklagte ist erblich belastet, soll einen minder-
wertigen Charakter haben und sehr wenig widerstandsfähig
sein. Verneint wurde aber von den Sachverständigen, daß von
Erörtern die Zaten in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder
irrationaler Störung der Geistestätigkeit begangen habe. An-
erkannt wurde, daß den jungen Mann die Strafe sehr schwer
trifft. Aber nach Lage der Sache konnte nicht anders ge-
urteilt werden, da schwerer Diebstahl vorliegt. Von der
Strafe wurde ein Monat auf die erstlängte Haft in Anrechnung
gebracht.

Wir möchten zu dieser sonderbaren Verhandlung bemerken,
daß wir im vorliegenden Falle keinen Anlaß verspüren, das
„berechtigte Ergeßnis“ des Mannes oder seiner Familie an-
zugreifen, vielmehr bedauern, daß wegen Bagatellen solche
erschwerenden Strafen verhängt werden können. — Eine Refor-
mierung des Strafgesetzbuchs wäre nicht nur den Arbeitern,
sondern auch denen mit dem „berühmten Ergeßnis“ zugute.

Der Rat Senff scheint übrigens seit seinem Ersterer
Kreß getrennt zu haben. Dort hat er die schöne Wendung von
dem berechtigten Ergeßnis nicht gemacht, sondern sich lieber
zu bemühen gewußt. Erst während der Beileidbegründung des
Gerichtsrates fragte der Geuge General Wahl den einigen an-
wesenden Beileidberichterhalter, für welches Blatt er schreibe.
Als er die Antwort erhielt: „für die Tribüne“, meinte er sich
von dem Rat Senff die betrübende Aufführung erteilen lassen,
daß das ein sozialdemokratisches Blatt sei. Doch nun kam das
große Bedauern darüber, daß der Ausschluß der Öffentlich-
keit nicht beantragt worden war, zu spät.

Webemann ging — das System bleibt

Der gemelte plötzliche Tod des Oberpostinspektors
Webemann hat dem schpreichlichen Polizeiregiment
Kollektive Fühlung einen schweren Schlag versetzt. Webemann
war ein geborener Beamtenmännchen, die sich dem System nicht nur
„hinnehmend“ und reiflos anbehielt, sondern es auch noch auf die
Spitze zu treiben verstand. Der Herr Polizeikommandant hat
jedoch nichts von einem großen Zuge, ebenso wenig von einem
großen Charakter; sein Regiment und seine „Anordnungen“
amten den bescheidensten Polizeigeist, dem die gehörige
Portion Anmaßung die echt preussische Schmeichelei zu ver-
leihen suchte. Das gelang freilich nicht in dem Maße, wie es der
ehrigste Mann wünschen mochte. Da in derartige Polizeige-
stellungen überhaupt nicht „Reute von Kopf“, wie der alte Fritz
schon gesagt hat, genommen werden, so hatten es die werti-
gsten politischen Beobachter im Magistrat der Webemann
nicht noch besonders leicht, ihn ihren „Geist“ einzuschleusen. Es
gehörte zur Polizeimatur Webemanns, daß er sich noch aber
gehorsamst verbeugte und nach unten den Füßchen und
Schneidigen markierte. Ein Teil seiner Beamtenfüße weiß
davon ein Lied zu singen. Wir wissen, daß mancher seiner
Untergebenen ihm keine Träne nachweint — höchstens eine solche
der Erleichterung.

Die Arbeiterbewegung hat der verstorbenen formale Inhaber
des Polizeiregiments bis zu seinem Tode gehabt. Sein Hag
war nicht feind und glühend, denn nur große Charaktere sind
solcher Widersprüche fähig. Die Triebfeder seiner Abneigung
war lediglich, daß die Arbeiterbewegung nicht ins vorge-
schriebene preussische Polizeischema passe. Dr. Sammlen
verneinte endlich nicht vor Gericht, daß es einmalige hatte
gehört zur Sozialdemokratie mit allen zur Verfügung
stehenden Mitteln. Das war richtig, deshalb ja auch der
erfindende Antipolizeigeist in der dalkischen Arbeiterfüße.
Webemann trug formal die Verantwortung für das Mütter-
gesehen am Montag, wo durch die Säbel seiner Mannen
hundert friedliche Wahlrechtsforderer blutig niedergemetzelt
wurden. Diese Bluttat hat ihr eigenes Gesetz, sie kann
niemals vergeben. — W. gab den Vertrauenspersonen der
Arbeiter nach dem Montagliche die Zuficherung, einer zweiten
Demonstration der Wählenden werde er nichts in den Weg legen.
Als aber die Dinge am 6. März 1910 am Montag anlangten,
verammelten ihnen die bis an die Zähne bewaffneten Unter-
gebenen Webemanns alle Zugänge, und nur der eifernen
Disziplin und Besonnenheit der Geprüelten war es zu danken,
daß die Säbel nicht wieder zu tanzen konnten. Was auf Webem-
manns Worte zu geben fiel, wußten nur die Arbeiter. Zum
zweiten Male läuschte der Mann die Gewerkschaften im vorigen
Jahre, als er ihnen die Erlaubnis zu einem Festzuge versprach,
wenn sie von dem Sonntage eines patriotischen Festzuges
Abstand nähmen. Das geschah, aber die Erlaubnis für die Be-
wegung der vorgehenden Straßen wurde dann verweigert.
Webemann war nun genügend erkannt. Er mußte das auch
und lebte nun an jede männliche Mühsal mit den Ar-
beitern ab. Anwieweit er bei diesen Vorwürfen nur das
Opfer seiner Vorgesetzten oder seiner Vorgesetzten war, entgeht
schon der öffentlichen Kenntnis. Von oben erhielt er ebenfalls
Genehmigung seines Lebens gefiel, daß er sich auch bei seiner
Aufhebung des Vereinsgesetzes und Schließung der ge-
schlossenen Mitglieder-Versammlungen der Partei und Gewerks-
schaften von seinen höchsten Vorgesetzten anerkannt sah. Seiner
Natur gemüht das.

Die Arbeiterbewegung hatte den Verstorbenen nicht persön-
lich, sie sah nur das System. Und das System in Halle
ist als „berühmte“ klein, das hat schon der 1. Mai
so hat sie nichts anderes als schärfsten Kampf zu erwarten. Ob
freilich die bornierte Kleinigkeit in der Bekämpfung der
Sozialdemokratie bestehen bleibt, die sich von der erbärmlichen
Schließung des Volksparks herab bis auf das Zufundene
aberner Verdrängungen an das Volkswohl erstreckt — das wird
man erst sehen. Der kommende Mann hat es bis zu gewissem
Grade in der Hand, die Art dieser Kleinigkeiten zu bestimmen
— am System und am Wesen des Kampfes kann er nichts
ändern. Deshalb hat auch der Abschied Webemanns für die

Verlegen- u. Verlags-Anstalt in unübertroffener Auswahl Endepon's & Dunker, Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 19. u. Preiswürdigkeit.

Die Maffei in Wien.

Aus Wien schreibt man uns: Die Wiener Arbeiter haben sich schon bei der ersten Maffei das Recht auf vollständige Arbeitstage errungen. Und was sie vor manchen Jahren mit einem Handbrot gegen Polizeigeißel und Unternehmernbarmherzigkeit erkämpften, das haben sie aufrecht erhalten, so sehr auch die Gegner sich anfangs zur Wehr zu setzen suchten. Wenn es in den ersten Jahren noch Kämpfe in der Freigabe des 1. Mai gab, so ist es heute bereits in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen, daß der 1. Mai den Arbeitern gehört, und in ähnlichen Kollektivverträgen ist es verbriefet, daß am 1. Mai die Arbeit ruht.

So hat die Maffei in Wien ihr durch die Tradition festgelegtes Gepräge. Am Vormittag politische und Brandvereinsversammlungen, am Nachmittag der Markt in den Prater. So war es auch heuer, nur daß diesmal der Wahlkampf die Arbeiter zu noch viel größerer Beteiligung anprente als sonst. Am Vormittag fanden etwa 60 Versammlungen anstatt, die alle massenhaft besucht waren. Die Meeresorte in den politischen Versammlungen erstatteten meist die Reichsratsmandatanten. Der Aufmarsch in den Prater war heuer trotz des ungünstigen Wetters — Wolken bedeckten den Himmel und wiederholt wurden die Demonstrationen vom Regen durchdrungen — fast doppelt so stark als im vorigen Jahre. Die Genossen kamen in den einzelnen Bezirken um 1/2 Uhr — in den entfernteren schon um 1 Uhr — zusammen und zogen dann mit ihren Fahnen und Standarten über die Ringstraße zum Praterstern und von da in den Prater, wo sich in 49 Bezirksvereinen die einzelnen Fach- und politischen Organisationen zusammenfanden.

Die Spitze des Zuges bestand aus den Organisationen des 18. Bezirkes (Mähring). Sie trugen außer einer großen roten Fahne eine Standarte, die in scharfblauer Weise eine Reihe des christlichsozialen Kandidaten in Mähring, des Prinzen Liechtenstein, veranschaulichte. „Der Liechtensteiner Stiefel“ lautete die Aufschrift und an der Spitze hing ein großer Stiefel. Die Tafel war gelblich und wiederholte die christlichsozialen Gott-Stimm-Partei nicht haben, aber nach kurzem Gangesgehege zog der übertriebene Polizeikommissar, der die Parade befehligte hatte, seine Truppen zurück. Die Brigittener Polizei hatte auch noch ein übriges getan, um die Christlichsozialen vor Angriffen zu schützen. Der ganze Brigittentag, wo der christlichsoziale Kandidat Müller wohnte, war von der Polizei abgesperrt und kein Arbeiter wurde durchgelassen. Den Genossen von Mariabühl wollte die Polizei eine Standarte konfiszieren, die einige politische Daten über die Kosten der Dreidreierzeit enthielt. Da aber die Standarte aus Holz und überdies sehr groß war, hätte es noch viel mehr Aufsehen erregt, wenn Polizisten die Standarte über die Straße getragen hätten; und so entschloß sich die läbliche Polizei, die aufreißenden Biffen nicht zu verbieten.

Von diesen kleinen Zwischenfällen abgesehen, ging die Maffei ohne Zwischenfall, d. h. ohne weitere polizeiliche Störung, vor sich. Die Zahl der Fahnen und Standarten, die in dem Zuge getragen wurden, ist nicht abzuschätzen. Die Schilder und Staatsbahner — viele in Uniform — trugen eine Standarte mit einem geflügelten Kabe, der 18. Bezirk (Mähring) einen etwa drei Meter breiten Leinwandstreifen mit der Aufschrift „Auf zum Wahlkampf!“ Entziffert ist rot und muß es auch bleiben.“ Auch andere Standarten hatten Aufschriften, die sich auf den Wahlkampf bezogen: „Wahltag ist Wahltag!“, „Wahltag sozialdemokratisch!“ und dergleichen. In dem Zuge des 18. Bezirkes (Neupolln) gingen etwa 100 Frauen in roten Ärmeln. In großer Zahl waren wie immer auch die Maffei-Fahrer, die väterlich drängten. Auf der Ringstraße und der Praterstraße standen zu beiden Seiten der Straße viele hunderte sozialdemokratischer Ordner mit roten Armbändern.

Gewerkschaftliches.

Ausperrungen wegen der Maffei

haben die Schmarotzer nicht in nennenswerter Zahl vorgenommen. Sie werden sich eben doch mit der Zeit mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß sich die Arbeiter auch durch tagelange Ausperrung nicht einschüchtern lassen und den 1. Mai als ihren Feiertag nicht durch Arbeit zurückgeben. Freilich, die Unternehmern müßten doch so tun, als ob sie den „Herrn im Hause“ Standpunkt wählten, so schwer es ihnen auch fallen mag, daß ihnen der Profit für einige Tage verloren geht.

Nach den vorliegenden Meldungen wurden in Berlin in 220 Betrieben 6768 Holzarbeiter ausgesperrt. Davon sind ungefähr reichlich 6000 Mann auf drei Tage, die übrigen längere Zeit ausgesperrt und entlassen.

In Berliner Metallgewerbe wurden in 17 Betrieben 501 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, und zwar drei, sechs bis acht Tage.

Vom Zimmererverband wird gemeldet, daß 140 Mann auf drei Tage ausgesperrt sind.

In Braunschweig wurden 2000 Metallarbeiter auf acht Tage ausgesperrt.

Die Arbeiter der Hensburger Schiffwerft, die den 1. Mai gefeiert haben, wurden bis zum 5. Mai ausgesperrt. Es werden etwa 1100 Arbeiter von dieser Maßnahme betroffen.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Der Kampf im Ostseegebiet Mannheim-Ludwigshafen ist beendet. Unter dem Vorbehalt des Gewerkschaftsgerichtes Dr. Erbel in Mannheim tagten die Parteien in voriger Woche täglich fast ununterbrochen. Es kamen fünf Tarifverträge zustande mit durchschnittlicher Lohn-erhöhung von 1,50-2 % pro Woche auf vier Vertragsjahre verteilt. Ab 1. April 1912 tritt für die Mehrzahl der Arbeiter eine halbe Stunde Arbeitsverlängerung pro Tag ein. Eine Vereinbarung über den Kampf im Ostseegebiet beteiligter gewerkschaftlicher Arbeiter hat die Föderation Aufnahme der Arbeit für den 8. Mai beschlossen.

Der Streik der Steinarbeiter in Oelsen-Kirchen ist noch nicht beendet. Angeblicher Verhandlungen über reduzierte Löhne. Die Unternehmern machen große Anstrengungen, um Arbeitskräfte anzuziehen. In Koblenz ist der Steinarbeitersstreik zugunsten der Arbeiter beendet worden. Erreicht wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne von 5 Pf.; der Minimallohn beträgt jetzt für Steinhauer 60 Pf., für Schleifer 50 Pf., und für Hilfsarbeiter 47 Pf. Die Tarifdauer ist vom 1. Mai 1911 bis 1. Mai 1912. Die Arbeitspositionen werden um 8 1/2 Prozent erhöht.

Wegen des seit Wochen andauernden Streiks der Textilarbeiter der Firma Roda & Co. in Geseßfeld beschloß der Verband der Württembergischen Textilindustrie, die gesamte Arbeiterschaft des Württemberg, etwa 13 000 Arbeiter, auszusperren, wenn die Arbeit bei der genannten Firma nicht bald wieder aufgenommen wird. Die Währungsfrage nächsten Sonnabend erfolgen. — Die Streikenden fordern eine Lohn-erhöhung.

Soziales.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Säuglingssterblichkeit.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff stellt in der Zeitschrift für Jugendwohlfahrt interessante Berechnungen über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Säuglingssterblichkeit an. Wir hatten in Deutschland im Jahre 1908 eine Säuglingssterblichkeit von 17,8 Prozent, d. h. von je 100 lebend geborenen Kindern starben vor Vollendung des ersten Lebensjahres 17,8 wieder weg. Insofern steht Deutschland mit dieser Säuglingssterblichkeit fast auf dem Niveau aller Länder, es wird nur noch von Rumänien, das 19,7 Ungarn, das 19,9, Österreich, das 20,2 und Rußland, das 22,2 Prozent hatte, übertrifft. Doch liegen die Biffen aus den letztgenannten Ländern zum Teil mehrere Jahre zurück, so daß der Vergleich heute für Deutschland vielleicht noch ungünstiger ausfallen würde.

In absoluten Zahlen ausgedrückt starben in Deutschland 1908: 259 000 Säuglinge. Die Kränke, die um den Tod dieser unter 100 lebend geborenen und mit 100 lebend erworbenen Kinder gelassen sind, die Summe von Zinsen und Zinsen wird nach den Annahmen, das 19,7 Ungarn, das 19,9, Österreich, das 20,2 und Rußland, das 22,2 Prozent hatte, übertrifft. Doch liegen die Biffen aus den letztgenannten Ländern zum Teil mehrere Jahre zurück, so daß der Vergleich heute für Deutschland vielleicht noch ungünstiger ausfallen würde.

In absoluten Zahlen ausgedrückt starben in Deutschland 1908: 259 000 Säuglinge. Die Kränke, die um den Tod dieser unter 100 lebend geborenen und mit 100 lebend erworbenen Kinder gelassen sind, die Summe von Zinsen und Zinsen wird nach den Annahmen, das 19,7 Ungarn, das 19,9, Österreich, das 20,2 und Rußland, das 22,2 Prozent hatte, übertrifft. Doch liegen die Biffen aus den letztgenannten Ländern zum Teil mehrere Jahre zurück, so daß der Vergleich heute für Deutschland vielleicht noch ungünstiger ausfallen würde.

Die 259 000 Kinder unter einem Jahre, die 1908 in Deutschland gestorben sind, haben also dem deutschen Volke einen Verlust an Nationalvermögen von rund 180 Millionen Mark gebracht, eine Summe, die sicher anderweitig besser hätte verwendet werden können.

Obwohl es in gewisser Weise die Säuglingssterblichkeit in einem beträchtlichen Maßgrade begriffen durch die Verbesserung unserer hygienischen Verhältnisse und sonstiger zu diesem Zwecke ge-

Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens.
Roman von James Hie.

2) (Nachdr. verb.)
Welt draußen sprang jählings der weiße Leuchtturm in das Licht.
Überall herrschte die Anruhe des Anfallens. Alle Welt war nervös beschäftigt, sich eiligst den an Bord des Dampfers befindlichen Platz zu sichern.
Köpfe und Hände und ganze Gestalten tauchten für einen Augenblick aus dem Nebel auf, um sich umzusehen, zu orientieren — und wieder unterzugehen.
Änzere, Schwärmer, alle der Neugierigen, fanden es notwendig, einen Rundgang über das lange, weiße Deck zu unternehmen. Türen aufzufahren, in die Salons zu schauen oder einen Platz darin auszusuchen.

Unter sprangen die Stewards mit berstenden, lächelnden Gesichtern unter den verschiedensten freudigen Befehlen hin und her, um allerhand falsch platziertes Reisegepäck, das aus halbfremden Kabinen bis jetzt reklamiert wurde, an die rechte Stelle zu schaffen.

Ein paar Passagiere hatten schon angefangen, sich ihre eigene, spezielle Promenade auf dem Verdeck einzurichten. Wie man- delnde graue Koffer, die den Atlantischen Ozean viele Male passiert hatten, lagen sie aus. Sie hatten ihr gutes Geld bezahlt und fanden im übrigen ihre ganze Umgebung beneidlich. Mit schiefen Wänden beobachtete sie nur die gegenläufigen Bewegungen, um einander nicht ins Gehege zu kommen.

— Der mit dem Madenbart? — in der hellen Wölfe, den gelben Schuhen und dem großen, mehrläufigen Reifemantel — erklärte der nachgebende Offizier dem Vintorenspondenten, der mit Notizen und Notizen neben dem Kapitän stand, daß der Madenbart — fährt zur Jagd nach Montana. Heute morgen haben wir seine alte Weißbrotperle an Bord genommen. — zur Jagd nach Montana — zwei Weißbrotperle an Bord — notierte der andere.

Nur dem obersten Deck ging ein Herz mit einem eben erhaltenen Telegramm in der Hand. Er kubierte tiefes noch immer, als man schon den Leuchtturm passierte, dieses es dann in die Tiefe seines weiten Leibes, nahm es aber zu erneuter Betrachtung wieder heraus.
Nur dreimal — er nachdenklich vor der Reklamentreppe hin, machte er immer wieder um, blieb stehen und starrte in die See hinunter.
Jetzt kam seine Frau herauf.
— Aber Jon — wo bist du denn? — sagte sie. — Hast du uns denn ganz und gar vergessen? Wir haben doch so viel zu erleben. Ich habe so schöne Ideen und du hast die Schlüssel!

Doktor Angelt nachdenklich Gesicht wurde nach einer gewissen Andauer aufmerk-

..Nichtig — beinahe hätte ich vergessen, die diese Depesche zu zeigen. Ich bekomme sie eben von der Schiffspost. Von Potsdam. —
Seine Augen wandten über ihr, klar, wie die eines Kaufmanns, während sie das Telegramm durchlas.
Es lautete:
— Aus den Augen — nicht aus dem Sinn. Lebt wohl, lebt wohl! Euer treuer Freund Polmar.
— Na — das ist eine treue Seele! — betätigte der Doktor in eigenem Ton.
— Wir wollen aber jetzt nur an deine Verhältnissen denken!“ lachte sie, noch mit Tränen in den Augen — „daran, daß du es zu etwas Gutes bringen wirst!“

Der Doktor Augen zitterten — in seine Augen trat ein seltsames Leuchten.
— Na — die alte Dame der Stadt, mit all ihren originellen Einfällen — immer an der Spitze — opfert die ganze schöne Vergeltung auf dem trockenen Altar meiner Willenskraft!“
— Sonderbar — unterbrach er sich selbst mit einem gewissen Galgenhumor. — Polmar fand seinem kleinen Lieblich nicht einmal einen Grund. Der Junge wird wohl mit einbringen sein — so hat er sich das bei der Depesche eripart.“
„O Jon“ rief sie, „ich kam doch, um dich und die Sattelfel zu holen. Träumen dir keine, der arme Berg, bei dem Wachen und möchte so gern sein Leben lang haben. Er hat gesehen, wie der andere Aale in der Skizze nebenan mit seinem Ball spielte.“

„Natürlich — selbstverständlich! Der Junge muß immer auf diese Weise unterhalten sein — so überfordert mit Spielzeug, wie er ist. Und jetzt — für die Weite — man kann wohl sagen, Spielzeug für seine ganze Kindheit!“
— Aber Jon, hast du mit nicht verprochen, guter Laune zu sein! Jetzt brauchst du doch nur an dich selbst und an mich zu denken. Mein Weib mehr von Konrad, hast du sich überfordert hat und nicht mehr findet, aber nur von Konrad, die an Bruststücken leidet — oder vom Intendanten, der nachts nicht schlafen kann, weil er sich gegenüber halb verrückt geredet und geschätzt hat!“

Der Doktor lächelte.
— Du hast recht — wie immer. Ich bin ein schlechter Spieler — ein rechter Brummbär. Aber es wird schon alles gut — du sollst sehen. . . Wir haben angebliche Reisegepäck — immer berühmten Violinisten Wolge Oswald. Es ist ordentlich heimlich, ich bin zu treffen, nicht wahr?“
— Und der Doktor nahm die Schlüssel und folgte seiner Frau die Reklamentreppe hinab.

Die Propeller schlugen fort und fort mit leiserem Rütteln gegen den hölzernen Rumpf des Schiffes, während die Maschinen unter unaußersichtlichen Stampfen ihre Läuende von Feuerstrahlen entfalteten. Wie ein Flug durchdrang der leuchtende Leuchtturm die Wogen, und das Schiffe sah ein breites, wüßendendes, Strom, der sich weit hinten im unendlichen Meeresspiegel schaukelte vor.

Am Halbmond des Oberlichts in der zweiten Klasse trafen sich zwei Landleute. Obwohl in der Heimat ihr Lebensweg

und Glücksumfänge ganz verschiedene waren, begegneten sie sich hier in interessanter Weise.
— Na — ein seltsames Gefühl, Wagnertitel America vor sich — Europa hinter sich — wie auf einer Insel zwischen zwei Weltten. Der Mensch wird ein ganz anderer, was? Und da laßt plötzlich ein alter, verlorenen Kamerad —
— Nun, Matthias, und du gehst also unter dieses Wasserland sojagalen südenweise in Photograpphen drüben in America zu verkaufen? —
— „Gleich“ — was? — nicht, für den Rest mit übrigen gleich möglich den Kopf! Aber ich habe, wieder werden noch mannde finden, die das alte Korporation gern in ihren vier Wänden haben wollen — als ein Stückchen Wasserlandsernung. Ich hoffe stark, schon hier an Bord zu verkaufen — bei den Auswanderern im Zwischenland. Was mein ich? — Ich kann wohl sagen, ich war, wo keine Reise, sondern nur von mir gekommen ist — eine ganz neue durchgehende Generie der nordischen Natur — von den Höhen der Stelle bis zu den Tiefen der Hörs — lauter ganz originale Sachen. Ich bin nun eben auch mal drauf verfallen, in Wasserlandsiebe zu verfallen —
— „Nun — auf diese Weise Geheine und late Natur zu exportieren — na ja — es mag ja ganz schön sein. Mein Gefährt wäre es mehr, wenn du Bilder von Menschen aufgenommen hättest — von unserm lebendigen Volke selbst, das in seinen hervorragenden und großen Momenten spielt. Ein solcher Mann übertrag den Goldhügel bei aller Einnahme, aber: Ein Beispiel der Naturkräfte, 2050“ über dem Meer.“

Der Sprecher redete sich, so daß seine Figur und ganze Erscheinung in dem halbkreisförmigen Rastet besser zur Geltung kam. Mit einer gewöhnlichsmöglichen leichten Bewegung warf er den Kopf zurück. Der weiße Nebel lag gelöst auf den niedrigen, schwarzen Baaren; zwei, zwei die Heine, schief beobachtete Augen leuchteten aus einem blauen, goldenen Gesicht, dessen ideale Anlage durch die schwere Mundpartie etwas gestört wurde.

Ein spöttischer Ausdruck huschte schnell über die vom Leber klar mitgenommenen Züge des Photograpphen, die etwas an ein Portrait erinnerten, bei dem die Farben verblüht sind.
— Na — sagte er — „man hat eine die Erfindung machen möchte, das Innere der Menschen mit Röntgenstrahlung zu beleuchten. Was dahin müssen wir uns eben mit den Röntgenbildern begnügen, die uns die christlichen Augen der Leute liefern!“

— „Ach was —“ entgegnete der andere. — „Diese boshafte Wibe, weißt du, die hat ich nie ausfinden können. So herumlaufen und seine Witmenschen fotografieren wie lauter verfederte Hühner anzuheben, in denen allerhand eckelhaftes Gerümme herumfriedet, das — das führt zu —“

— „zu einem derphatischen Leben, wolle du wohl sagen?“
— „Ich kann dir nicht widersprechen!“ sagte Wagnert ein ziemlich laut.

(Fortsetzung folgt.)

